

19 11 063  
**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

AVIII, 1963

Bonn, den 12. August 1963

in veröffentlichter in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

2 Es bleibt dabei - Politische Spätzündung ! 68

Die Hintergründe einer Fehlleistung der deutschen Politik

5 ZEITGESCHEHEN:

Kur weiter so, wir werden es schon schaffen! 24

"Deutschland ist berufen ..."

3 Dr. Jaeger und die Portugiesen 23

So gewinnt man Freunde

4 Überall Mangel an Volksschullehrern 43

UNESCO untersucht die Ursachen und gibt Empfehlungen  
Von Bruno Kuster, Genf

6 Griechenland schon jetzt im Wahlfieber 83

Nordfall Lambakis und ein neues Wahlgesetz  
stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung  
Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Chefredakteur Günter Markscheffel

Es bleibt dabei - Politische Spätzündung

Die Hintergründe einer Fehlleistung der deutschen Politik

ap - Die bereits verkündete Zustimmung der Bundesregierung zum Moskauer Avonteststopp-Abkommen ist zu begrüßen, bleibt aber eine politische Spätzündung. Darüber täuschen auch nicht jene verständnisreichenden Erklärungen des Staatssekretärs von Hase hinweg, der anleitete, nach den Gesprächen zwischen Adenauer und US-Außenminister Dean Rusk habe man auf amerikanischer Seite die Bedenken der Bundesregierung respektiert.

- \* Tatsache ist, daß Amerikaner und Briten nie an die Aufwertung oder gar die de jure Anerkennung des Pankow-Regimes gedacht haben und dies auch - sowohl auf diplomatischem Wege wie durch Präsident Kennedy selbst - die Regierung in Bonn, die deutsche und internationale Öffentlichkeit und die Sowjets wissen ließen.

- \* Tatsache ist, daß die Bundesregierung schon vor der Unterzeichnung des Abkommens von dieser Haltung unserer Verbündeten Kenntnis hatte.

- \* Tatsache ist, daß Bonn als einzigen Vorwand für sein zögerndes Verhalten nur die aus dem deutsch-französischen Vertrag abgeleitete Konsultationspflicht gegenüber Paris anführen konnte.

Um die ganze Tragweite des Geschehens in der vergangenen Woche zu begreifen, muß man folgendes wissen:

Die deutsche Botschaft in Paris hatte schon während der Moskauer Verhandlungen das Auswärtige Amt in Bonn darüber unterrichtet, daß de Gaulle einem eventuell zustandekommenden Abkommen nicht beitreten werde. Die Botschaft hatte ferner um Instruktionen gebeten, das heißt, um Verhaltensanweisungen oder um "Sprachregelungen", um einer solchen Möglichkeit im Geiste des deutsch-französischen Vertrages geschickt begegnen zu können. Das hieß in diesem Falle, sich so ein-

zuschalten, daß Bonn nicht in die peinliche Lage gerät, zwischen de Gaulle und Kennedy wählen zu müssen.

Die Antwort aus Bonn lautete: "ABWARTEN!". Inzwischen hatte sich nämlich herausgestellt, daß der Außenminister nicht antworten konnte, weil der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt und weil der Bundeskanzler nicht antworten wollte, weil das Kabinett in dieser Frage gespalten war. Die der CSU angehörenden Minister sagten NEIN, die Freunde des früheren Außenministers von Brentano sagten ebenfalls NEIN und von Brentano selbst drohte, die CDU-Fraktion zu mobilisieren, um nicht nur den amtierenden Außenminister Schröder - natürlich mit Hilfe von Strauss -, sondern auch den designierten Kanzlernachfolger Prof. Erhard unter Druck zu setzen.

Je aufmerksamer man die nach der nunmehr erfolgten Zustimmung Bonns zum Moskauer Abkommen gegebenen Erklärungen studiert, umso deutlicher wird es, daß es sich bei dem Verhalten der Bundesregierung um ein innenpolitisches Manöver handelt, dessen Ursprung die bereits erkennbaren Absichten der Regierungsbildung beim Kanzlerwechsel ist.

Uns wäre die Unsicherheit der Regierungsparteien, das Tauziehen zwischen CDU, CSU und FDP ziemlich gleichgültig. Aber da das aus der inneren Zerissenheit der Regierungsparteien resultierende Verhalten der augenblicklichen politischen Führung der Bundesrepublik die Interessen des ganzen Volkes schädigt, fordern wir, daß der Bundestag oder die für die Deutschland- und Außenpolitik zuständigen Ausschüsse des Parlaments die von uns gerügten Spitzfindungen ein für alle Mal unterbinden.

Die Bundesregierung hat in der so entscheidenden Phase der neuen Weichenstellung in der internationalen Politik bei den uns befreundeten Nationen den Eindruck eines Störefriedes hervorgerufen; sie hat durch ihre Unschlüssigkeit ein Verhalten an den Tag gelegt, das einem Mißtrauensvotum gegenüber den stärksten Bündnispartnern gleichkommt. Und sie hat sich in eine internationale Position hineinmanövriert, die für alle Beteiligten deswegen so peinlich ist, weil sie gar nicht notwendig gewesen wäre.

WIRTSCHAFTSGESCHEHEN

Nur weiter so, wir werden es schon schaffen !

sp - In der deutschen Politik scheint es zum guten Stil zu gehören, neue Fettnäpfchen zu erfinden, um hineintreten zu können, wenn man in die vorhandenen Fettnäpfchen bereits hineingetreten ist. Kann es sich das offizielle Bonn mit Ach und Krach von seiner Spätzlingspolitik beim Atomteststopp-Abkommen ein kleinwenig frei geschwommen, da kumpfen wir schon gleich wieder mit aller Macht in neue Ungeschicklichkeiten hinein. Die BÖSNER RUNDschau, ein Blatt, dem man nachsagt, verhalte zweitweiso recht gute Informationen aus dem Bundeskanzleramt, veröffentlicht in der Montagsausgabe eines aus der Feder seines Mitarbeiterartiklers Robert Ingrim stammenden Kommentar, dessen letzter Satz folgenden Wortlaut hat:

"Deutschland ist berufen, für Osteuropa zu sprechen. Es kann nicht umhin, beim amerikanisch-sowjetischen Techtelmechtel ein Störonefried zu sein, aber als Anwalt Osteuropas stünde es nicht im Geruch des Nationalismus."

Da fehlt nur noch der Zwischensatz "... unter Führung Oberländers", die Bezeichnung "Techtelmechtel" für das Bemühen der Amerikaner wenigstens einen kleinen Schritt in Richtung auf eine Entspannung zwischen Ost und West zu tun, wird ohne Zweifel bei unseren Verbündeten die gebührende Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen werden. Und man auch die BÖSNER RUNDschau vermerkt, die Ansichten des Artikelverfassers seien nicht unbedingt identisch mit denen der Redaktion, so wird man sich doch fragen müssen, warum die RUNDschau gerade jetzt den Herrn Ingrim auf ihre Leser losläßt.

Nur weiter so, wir werden es schon schaffen !

Dr. Jaeger und die Portugiesen

sp - Einige Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien besuchen zur Zeit unter Führung von Bundestagsvizepräsident Dr. Richard Jaeger (CSU) die portugiesischen Überseebesitzungen in Afrika. Sozialdemokratische Abgeordnete nehmen an dieser Reise nicht teil; sie werden dankend abgeliebt. Natürlich will Herr Jaeger auch bei dieser Gelegenheit "große Politik" machen. Er verkündet der portugiesischen Presse, Portugal und Deutschland hätten einen besonderen Anlass zur Vereinbarung: den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus. Damit wir uns aber bei den übrigen afrikanischen Staaten, die erst kürzlich wieder den portugiesischen Kolonialismus verurteilt haben, in das richtige Licht setzen, fügt Herr Jaeger mit entwaffnender Naivität hinzu, Portugal habe der Welt bezüglich des Lebens in seinen ÜberseeProvinzen nichts zu verbergen. - Es ist schon ein Kreuz mit den Abgeordneten unserer Regierungsparteien. Erst vor einiger Zeit hat es der für die Entwicklungsländer zuständige Bundesminister Scheel peinlichst vermieden, irgendetwas über die portugiesischen Besitzungen in Afrika zu sagen. Er wollte natürlich nicht durch unbedachte Äußerungen die guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den übrigen afrikanischen Staaten stören. Aber da der Herr Jaeger ein Freund des Abendländers und portugiesischen Diktators Salazar ist, kann er ja ruhig etwas abseits spielen. Zurückgeblieben wird er bestimmt nicht, denn auf etwas mehr oder weniger schlockende Stimmung im Ausland uns gegenüber kommt es ja nicht an.

## Überall Mangel an Volksschullehrern

UNESCO untersucht die Ursachen und gibt Empfehlungen

Von Bruno Kuster, Genf

In einem einzigen Jahr stieg die Zahl der Volksschüler in Afrika um beinahe fünfzehn Prozent, um über sieben Prozent in Asien und Amerika und um dreieinhalb Prozent in Europa. Fast in der ganzen Welt herrscht deshalb großer Mangel an Volksschullehrern, und das in einem Augenblick, da das Bildungswesen deutlicher denn je als Schlüssel zum Wohlstand erkannt wurde. Allerdings sind die steigenden Schülerzahlen nicht die einzige Ursache des Lehrermangels. Schlechte Bezahlung und ungenügende gesellschaftliche Achtung hemmen den Zustrom zum Lehrerberuf oder bewirken oft sogar eine Abwanderung in andere Berufe.

### Bildung, eine erstklassige Kapitalanlage

Die gemeinsam von der UNESCO und dem Internationalen Erziehungsamt nach Genf einberufene 26. Internationale Erzieherkonferenz, an der über 90 Länder teilnahmen, macht mit ihrer Empfehlung über die Bekämpfung des Lehrermangels darauf aufmerksam, daß die Vernachlässigung dieses Problems für alle betroffenen Länder - handle es sich nun um "fortgeschrittene" oder um "rückständige" - die schwersten Folgen haben kann. Die unmittelbarste Auswirkung besteht in der Verschlechterung der Qualität des Unterrichts, weil entweder die Klassenbestände viel zu hoch gehalten oder ungenügend ausgebildete Hilfskräfte herangezogen werden müssen - oder beides zusammen. So unterschiedlich in den einzelnen Ländern die Ursachen des Lehrermangels auch sein mögen, sollte doch überall die Volksschule die feste Grundlage für die immer anspruchsvollere Berufsausbildung auf den verschiedensten Stufen darstellen. Erweitert sich jedoch diese Grundlage als brüchig, wird die ganze soziale und wirtschaftliche Zukunft eines Volkes aufs Spiel gesetzt.

Bei der Verschiedenartigkeit der Ursachen des Lehrermangels sind verallgemeinernde Rezepte zu seiner Behebung kaum tauglich. Die Richtung, in der die Lösungen im einzelnen gesucht werden müssen, wird in der Empfehlung der Erzieherkonferenz indessen deutlich angegeben: "Solange den Volksschullehrern gewisser Länder nicht Lebensverhältnisse geboten werden, die ihren Fähigkeiten und ihrer Verantwortung angemessen sind", wird der Mangel anhalten. Die daher erforderlichen zusätzlichen Ausgaben seien aber völlig gerechtfertigt, weil "nach übereinstimmender Auffassung" die Investitionen im Schulwesen einen grundlegenden Faktor der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung der Völker darstellen.

### Ausbildungs- und Berufswahl

Eine zweite Empfehlung befaßt sich mit der Ausbildungs- und Berufswahl, die jedem die möglichst vollständige Entfaltung seiner Fähigkeiten ermöglichen sollte. Die Hilfe bei der Wahl des richtigen Bildungsganges und des Berufes erscheint angesichts der Beschleunigung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nicht nur vom Standpunkt des Individuums aus, sondern auch im Interesse einer verünftigen Ausschöpfung der Möglichkeiten eines Landes von immer größerer Bedeutung.

## Griechenland schon jetzt im Wahlfieber

**Nordfall Lambrakis und ein neues Wahlgesetz  
stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung**  
Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Zwei alles andere an Dringlichkeit überragende Aufgaben sind es, deren Bewältigung der griechischen Übergangsregierung Pipinellis bis zu den neuen Wahlen im Herbst dieses Jahres obliegt. Einmal geht es um die völlige Aufklärung der Umstände, die am 22. Mai in Saloniki zum Mord an dem linksextremistischen Abgeordneten Lambrakis führten. Zum anderen handelt es sich um ein allen Parteien annehmbar erscheinendes Wahlgesetz, da das derzeit geltende Mehrheitswahlsystem einhellig auf Ablehnung stößt.

Was die erste Aufgabe angeht, so scheint es, als bemühe sich die Regierung Pipinellis ernstlich, die Justizbehörden bei der schwierigen Aufgabe, sämtliche für den Mord an Lambrakis verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen, in jeder Weise zu unterstützen. Justizminister Sakelariou erklärte feierlich vor dem Parlament, wenn man im Verlauf der Ermittlungen fände, daß selbst hohe Persönlichkeiten in den Fall verwickelt seien, so werde man auch diese ohne Rücksicht auf Amt und Würden belangen. Er fügte hinzu, sein Ministeramt erhalte angesichts der kurzen Übergangsperiode nur dann einen Sinn, wenn es gelänge, die blutigen Vorfälle in Saloniki völlig zu klären. Er werde sofort zurücktreten, wenn er sich in der Verfolgung dieses Zieles irgendwie behindert sähe.

### Hohere Offiziere kompromittiert

Inzwischen sind die Ermittlungen dank der Bemühungen des Ministers und dank der Rückenstärkung, die seine Stellung als Generalstaatsanwalt den Untersuchungsbehörden gewährt, soweit fortgeschritten, daß ein Disziplinarverfahren gegen sechs hohe Polizeioffiziere aus Saloniki in Gang gebracht worden ist und eine Untersuchungskommission sich mit der Frage befaßt, ob diese Männer ihres Amtes entbunden und entlassen werden sollen. Zu diesen Offizieren zählen ein General und der Polizeipräsident von Saloniki. Die Aufregung in der griechischen Öffentlichkeit über diese Entwicklung ist groß. Die Presse würdigt die Unabhängigkeit der griechischen Justiz. Mit Recht wird von oppositioneller Seite bemerkt, daß die Partei von Karamanlis, die ERE, mit einer schweren Hypothek belastet in die kommenden Wahlen gehen müßte, falls sich herausstellen sollte, daß die Offiziere entweder bewußt den Mord nicht verhindern wollten oder aus großer Fahrlässigkeit keine Vorkehrungen gegen den Mord getroffen hatten.

### Neues Wahlgesetz soll Atmosphäre reinigen

Die Bewältigung der zweiten Aufgabe scheint der Regierung Pipinellis bisher nicht zu glücken. Der Regierungsentwurf eines neuen Wahlgesetzes sieht eine modifizierte Verhältniswahl vor: Es sollen alle Direktmandate einen Sitz im Parlament bekommen. Zum zweiten dürfen

aber nur diejenigen Parteien Vertreter in das Parlament entsenden, die mehr als 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die oppositionelle Zentrumsunion hat sich in scharfer Form gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen. Gleichzeitig lehnt sie aber auch das Mehrheitswahlssystem ab, nach dem in Griechenland nur einmal seit Beendigung des Krieges gewählt wurde. Sie ist der Meinung, nur eine reine Verhältniswahl erlaube es, daß alle Parteien die den für sie abgegebenen Stimmen entsprechenden Anteil an den Parlamentssitzen erringen könnten. Falls nach einem anderen Modus gewählt werde, so erklärte die Zentrumsunion, wolle sie den Wahlen fernbleiben. Die gleiche Haltung nehmen auch die beiden anderen Parteien der Opposition ein. Oppositionsführer Papandreu hat für den 19. August eine öffentliche Demonstration angekündigt.

Sollte es der Übergangsregierung nicht glücken, sich dem Druck der Karamanlis-Partei, die noch immer eine künstliche Mehrheit im Parlament besitzt und versucht, ihre Wünsche mit der Drohung, sie werde der Regierung das Vertrauen entziehen, zu erwehren, dann wäre es besser, wenn sie zurückträte und den Platz frei machte für ein neues, neutrales Kabinett, das das Land zu neuen Wahlen führen soll.

#### Die Fronten klären sich

Die Autorität und das Prestige von Papandreu sind in letzter Zeit besonders gewachsen. Der zweite Mann der Zentrumsunion, Venizelos, erklärte kürzlich, seiner Meinung nach müsse eine politische Regierung aus Vertretern der bisherigen Regierungspartei und Vertretern der Zentrumsunion gebildet werden. Papandreu bezeichnete diesen Vorschlag als sowohl von ideologischen, als auch vom moralischen Standpunkt her gesehen als völlig indiskutabel. Venizelos habe sich, so erklärte er, mit dieser Äußerung selbst aus der Partei ausgeschlossen. Die gesamte Partei stellte sich wie ein Mann hinter Papandreu. Telegramme und Zuschriften aus dem ganzen Land verpöhlerten ihn der Zustimmung der Öffentlichkeit. Venizelos erklärte daraufhin zwar, er habe die Parteiführung Papandreus niemals in Zweifel ziehen wollen; das hinderte diesen aber nicht, Venizelos endgültig aus der Partei auszuschließen.

Dieser Zwischenfall zeigt deutlich, daß breite Kreise der demokratischen Opposition die klare und konsequente Konzeption Papandreus bejahen und keinerlei Konzessionen an Gruppen wünschen, die in acht Jahren Griechenland in eine politische und wirtschaftliche Sackgasse geführt haben.